



Rathaus

Umschau

Donnerstag, 22. Dezember 2016

Ausgabe 244

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Medaille „München leuchtet“ in Gold für Rupert Saller	2
› Informationstelefon für Jugendliche an Feiertagen zu erreichen	3
› Stadt unterstützt Graffiti in Giesinger Polizeidienststelle	3
Antworten auf Stadtratsanfragen	5
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Meldungen

Medaille „München leuchtet“ in Gold für Rupert Saller

(22.12.2016) In Anerkennung seines ehrenamtlichen Einsatzes für die Freiwillige Feuerwehr München hat die Stadt München Rupert Saller die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Gold verliehen. Oberbürgermeister Dieter Reiter überreichte Saller die Auszeichnung jetzt im Rathaus.

Der 57-Jährige ist seit fast 40 Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr. Seit 2002 ist er Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr München. Unter seiner Leitung ist die Zahl der aktiven Einsatzkräfte auf rund 1.000 gestiegen. „Damit ist die Freiwillige Feuerwehr neben der Berufsfeuerwehr eine wichtige und unverzichtbare Säule in Sachen Sicherheit“, betonte Oberbürgermeister Dieter Reiter bei der Ehrung Sallers. „Ohne die Freiwillige Feuerwehr wäre auch in einer Großstadt wie München die Gefahrenabwehr nicht zu leisten.“ Durch sein Engagement habe Saller mit dafür gesorgt, dass das Ehrenamt bei der Feuerwehr weiterhin einen erfreulichen Zulauf zu verzeichnen habe.

Auch bei der Organisation des 150. Gründungsjubiläums der Freiwilligen Feuerwehr München in diesem Jahr engagierte sich Saller in besonderer Weise. Bei der „Firetage Parade“ auf der Leopold- und Ludwigstraße im Mai stellte die Freiwillige Feuerwehr München dabei sogar einen Weltrekord auf. Die 50.000 Zuschauerinnen und Zuschauer sahen die größte Zahl von Feuerwehr- und Einsatzfahrzeugen, die es je bei einer Parade gab: über 400. Zuvor hatten bereits im April beim „Firetage Festival“ auf der Theresienwiese rund 80.000 Besucher die zweitägige Leistungsschau der Freiwilligen Feuerwehr bewundert, darunter auch Dieter Reiter. „Nur durch das enorme Engagement der Feuerwehrleute und ihres Kommandanten war es möglich, der Bevölkerung die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr im Jubiläumsjahr so eindrucksvoll vor Augen zu führen“, betonte Reiter. Wegen des großen Erfolgs prüft die Stadt nun sogar, ob das „Firetage Festival“ künftig regelmäßig durchgeführt werden kann.

Für sein jahrzehntelanges Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr hatte die Stadt München Rupert Saller bereits mit den Medaillen „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Bronze und in Silber ausgezeichnet. Mit der Ehrung in Gold zeige die Stadt nun nicht nur ihren Respekt für die herausragende Persönlichkeit des langjährigen Kommandanten, sondern auch für die Leistung der Freiwilligen Feuerwehr insgesamt, so Reiter. Dieser Respekt zeige sich auch an der großen Zahl ehrenamtlicher Stadtrats-Mitglieder, die an der Verleihung der Medaille im Rathaus teilnahmen. Neben Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr waren

dabei als Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrats Gerhard Mayer, Christian Müller, Alexander Reissl, Jens Röver, Klaus Peter Rupp, Julia Schönfeld-Knorr und Christian Vorländer (alle SPD-Fraktion) sowie Anja Burkhardt, Alexandra Gaßmann, Otto Seidl und Johann Stadler (alle CSU-Fraktion) anwesend.

Informationstelefon für Jugendliche an Feiertagen zu erreichen

(22.12.2016) INFOFON – so heißt das Münchner Beratungsangebot von Jugendlichen für Jugendliche. Unter der Nummer 1 21 50 00 bekommen junge Menschen täglich von 18 bis 22 Uhr Informationen aller Art sowie Rat und Hilfe. Auf www.info4mux.de werden zudem die unterschiedlichsten Fragen auch online beantwortet – anonym und vertraulich. Die Anliegen der Anruferinnen und Anrufer reichen von Ausgehtipps über Liebeskummer bis hin zu Gewalterfahrungen in der Familie.

Jetzt stehen die Weihnachtstage vor der Tür und falls jemand nach der Bescherung noch eine Veranstaltung besuchen möchte oder aber Weihnachtsfrust loswerden will, INFOFON bleibt „auf Draht“: an Heiligabend, an den Feiertagen und auch an Silvester.

Stadt unterstützt Graffiti in Giesinger Polizeidienststelle

(22.12.2016) Der bekannte Münchner Graffiti-Künstler Loomit hat gemeinsam mit Jugendlichen den Flur einer Polizeidienststelle gestaltet – ganz legal. Er wurde von der Giesinger Verkehrspolizeiinspektion in der Tegernseer Landstraße 210 eingeladen, ihre öffentlichen Räume ansprechend und bürgerfreundlich zu gestalten. Das Kulturreferat der Stadt München hat das Projekt im Rahmen seiner Street Art-Förderung unterstützt.

Inhaltlich greifen Loomit und die Jugendlichen das Tätigkeitsfeld der Verkehrspolizei auf. Ihr Entwurf zeigt Einsatzfahrzeuge und Gegenstände, die bei Einsätzen verwendet werden, wie Pylonen, Maßbänder oder Fotoapparate. Sie gestalteten daraus ein Graffiti für den 15 Meter langen Flur der Behörde.

Während Graffitis in den Anfängen der Street Art Bewegung ausschließlich als Sachbeschädigung angesehen wurden, sind viele Akteure mittlerweile anerkannte Künstler. Die Polizei und die Stadt haben ebenso wie die Graffiti-Szene ein großes Interesse daran, dass es frei zugängliche Flächen für die Schriftzüge und Bilder gibt. Nur so ist es möglich, künstlerische Aussagen in den öffentlichen Raum zu tragen, ohne damit illegal zu handeln. Denn nach wie vor sind Graffitis, die ohne Zustimmung des Flächeneigentümers vorgenommen werden, Sachbeschädigungen. Ihre Entfernung ist äußerst kostenintensiv.

Kunst im öffentlichen Raum kann deshalb Sachbeschädigungen vermeiden helfen. Die Erfahrungen der Stadt München zeigen, dass zum Beispiel in



künstlerisch gestalteten Unterführungen Vandalismus deutlich zurückgeht. Die Stadt München stellt nicht nur Flächen zur Verfügung, sondern fördert Street Art auch finanziell. Das Kulturreferat der Stadt hat das Projekt in der Giesinger Verkehrspolizeidienststelle mit 1.700 Euro unterstützt. Per E-Mail an presse.kulturreferat@muenchen.de kann ein Pressefoto angefordert werden.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 22. Dezember 2016

Skonto – Wie viel Geld geht der Stadt verloren?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 2.11.2016

Wie gehen die städtischen Kliniken mit nicht ansprechbaren Patienten um?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 16.11.2016



Skonto – Wie viel Geld geht der Stadt verloren?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 2.11.2016

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

In Ihrer Anfrage haben Sie folgen Sachverhalt zugrunde gelegt:

„In Geschäftsbeziehungen ist die Gewährung eines Skontos von meist 2 bis 3% des Rechnungsbetrages bei Zahlungen innerhalb von 14 bis 30 Tagen nach Warenlieferung bzw. Erbringung einer Dienstleistung üblich. Durch einen langwierigen Rechnungslauf wird in diesen Fällen bares Geld ‚verschenkt‘. Bei einem so großen Haushalt wie dem der Landeshauptstadt München fallen Einsparungen durch Skontoziehungen durchaus ins Gewicht.“

Bevor ich Ihre Anfrage im Einzelnen beantworte, möchte ich die rechtlichen Rahmenbedingungen zu den Zahlungsfristen darstellen.

Der Begleichung von Rechnungen der Landeshauptstadt München liegen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen – VOL Teil B (Fassung 2003) – sowie Vergabe- und Vertragsordnung für Baudienstleistungen – VOB Teil B (Fassung 2016) zu Grunde.

Nach § 17 VOL/B „hat die Zahlung des Rechnungsbetrages binnen 30 Tagen nach Eingang der prüfbaren Rechnung zu erfolgen“ (vgl. hierzu auch § 286 Abs. 3 BGB).

Für Rechnungen zu Bauleistungen nach VOB gelten folgende Regelungen: Abschlagszahlungen werden binnen 21 Tagen nach Zugang der Aufstellung fällig (§ 16 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B). Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird grds. 30 Tage nach Zugang der Rechnung fällig (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B).

Diese Regelungen liegen im Rahmen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung der Abwicklung des städtischen Zahlungsverkehrs zu Grunde.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:



Frage 1:

*Nutzt die Landeshauptstadt München die Sparpotenziale durch Skonti aus?
Bei welchem Anteil der an die Stadt gestellten Rechnungen verfällt diese
Sparmöglichkeit, weil der interne Rechnungslauf zu lange dauert?*

Antwort:

Die Landeshauptstadt München nutzt grundsätzlich das Sparpotenzial durch Skonto aus. Von Januar bis Juni 2014 wurde zuletzt eine entsprechende Auswertung durch die Stadtkämmerei durchgeführt. Als Skontofehler wurde für die Auswertung definiert: Skontofrist wurde überschritten oder Skonto wurde von der Dienststelle nicht in Abzug gebracht (Beispiele: falscher Skontosatz, kein Skontoabzug trotz fristgerechter Zahlung, kein Skontoabzug obwohl Rahmenvertrag mit Skontovereinbarung vorliegt, verfallener Skonto aufgrund verspäteter Zahlung). Für diesen Zeitraum wurde ein Skontofehler bei 5,5 Prozent der geprüften Belege festgestellt.

Frage 2:

Wie viel Geld geht der Stadt dadurch jährlich in etwa verloren?

Antwort:

Bei der unter 1. beschriebenen Stichprobe entstand ein Schaden in Höhe von 5.911,63 Euro.

Frage 3:

In welchen Referaten/Abteilungen dauert die Rechnungsstellung gewöhnlich besonders lange und warum?

Antwort:

Der Rechnungsbearbeitungsprozess ist derzeit dezentral in Papierform mit Postverteilung zwischen den Dienststellen und folgendem Arbeitsablauf organisiert: Rechnungsbearbeitung in den Referaten (dezentral):

- Rechnungseingang bei den Dienststellen
- Prüfung und Bestätigung der Rechnung (§ 37 KommHV-Doppik)
- Eingabe in SAP/ERP
- Anordnung zur Zahlung (§ 34 KommHV-Doppik)

Rechnungsbearbeitung Stadtkämmerei, Kassen- und Steueramt (zentral):

- Stichprobenartige Überprüfung der Auszahlungsanordnungen durch das Kassen- und Steueramt
- Zahlungsfreigabe durch das Kassen- und Steueramt anhand der Zahlungsbedingungen, die die Dienststellen vorgeben

Das auch durch gesetzliche Bestimmungen vorgegebene dezentrale System führt zwangsläufig zu langen Laufzeiten bei der Rechnungsbearbeitung. Bei der Auswertung für den Zeitraum Januar bis Juni 2014 (vgl. Ausführungen zu Frage 1) wurden 20,69 Prozent der geprüften Belege zu spät bezahlt, am häufigsten im Kommunalreferat bei 48,43 Prozent der geprüften Belege (2014 Sondereffekt Umstellung Verwaltung Wohnungen, jetzt nach Erfahrungswerten deutlich verbessert). Beim Referat für Bildung und Sport war 2014 eine Laufzeitverspätung bei 40,69 Prozent zu verzeichnen, weil dort eine sehr dezentrale Struktur mit vielen Einrichtungen (Kindertagesstätten etc.) und Schulen vorhanden ist, die viele Postwege erforderlich macht. Eine hohe Quote ergab sich bei der Stichprobe 2014 auch im Baureferat (37,30 Prozent), da dort die regelmäßig umfangreichen Baurechnungen häufig an externe Architekturbüros (Bauleitung) zur Prüfung gegeben werden müssen.

Frage 4:

Wo sieht die Stadt Optimierungspotenzial, um Rechnungsläufe zu beschleunigen und dadurch Geld zu sparen?

Antwort:

Optimierungspotenzial sieht die Stadtkämmerei in der Einführung der elektronischen Rechnung. Durch die EU-RL 20014/55/EU werden die öffentlichen Stellen der Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, bis 27.11.2019 Unternehmen einen elektronischen Rechnungseingang zur Verfügung zu stellen. In Bayern wurde die Richtlinie durch Art. 5 Abs. 2 BayEGovG vom 22.12.2015 umgesetzt. Diese Verpflichtung bietet der Landeshauptstadt München die Chance, das derzeit historisch gewachsene System der Rechnungsbearbeitung auch intern zu modernisieren.



Wie gehen die städtischen Kliniken mit nicht ansprechbaren Patienten um?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 16.11.2016

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

Herr Oberbürgermeister Reiter hat Ihre Anfrage zur Beantwortung der Stadtkämmerei als das für die Städt. Klinikum München GmbH (StKM) zuständige Fachreferat zugeleitet.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt zugrunde gelegt:

„Unserer Fraktion sind Fälle bekannt geworden, in denen nicht ansprechbare, ohnmächtige Patienten in ein städtisches Klinikum eingeliefert wurden, ohne dass von Klinikseite Angehörige benachrichtigt wurden, obwohl deren Namen und Kontaktdaten mitgeführt wurden.“

Der Geschäftsführung der StKM obliegt die verantwortliche Leitung und Organisation des gesamten Geschäftsbetriebes (vergl. § 16 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag StKM).

Die Geschäftsführung der StKM beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1:

Wie wird in den städtischen Kliniken grundsätzlich verfahren, wenn nicht ansprechbare Personen eingeliefert werden?

Antwort StKM:

Grundsätzlich werden bewusstlose Patienten in der Notaufnahme sehr schnell und medizinisch bevorzugt behandelt. Hierzu gibt es medizinische Behandlungsstandards, die auch unter den beteiligten Fachabteilungen abgestimmt sind. Sollten keine Personalien vorliegen, wird der Patient als zum Beispiel „männlich unbekannt“ aufgenommen und medizinisch versorgt.

Wenn die Daten bekannt sind, werden die Patientendaten im Krankenhaus-Informationssystem (KIS) erfasst. Sollte der Patient schon einmal in der StKM behandelt worden sein, erkennt das System die Daten und zeigt diese an. Es könnten gegebenenfalls auch Daten aus früheren Aufenthalten

ten wie zum Beispiel von Angehörigen hinterlegt sein. Diese Daten werden automatisch übernommen.

Nicht ansprechbare Personen werden im Akutbereich oder im Schockraum aufgenommen, dort komplett entkleidet und alle dabei mitgeführten Besitztümer aufgelistet, insbesondere Wertsachen und Identifikationsmittel (Ausweise) sowie Notfallpässe. Diese Besitztümer werden in einen Beutel verpackt und zusammen mit dem Patienten an die weiter behandelnde Station übergeben. Selbstverständlich wird nach Adressen oder Telefonnummern von Angehörigen gesehen und diese notiert. Dies ist im Einarbeitungskonzept der Pflegekräfte schriftlich festgelegt. Die Verständigung der Angehörigen erfolgt immer dann sofort, wenn diese in die Entscheidungsfindung bezüglich des angenommenen Patientenwillens einbezogen werden sollen oder für eine erweiterte Anamnese benötigt werden. Die pure Information, dass Patienten in der Klinik eingetroffen sind, wird aus Zeitmangel oft nicht unmittelbar durchgeführt, sondern erfolgt, sobald es der klinische Arbeitsablauf erlaubt. Die Akutversorgung komatöser Patienten kann aufwendig und zeitkritisch sein, dass Arbeitsschritte, die nicht unmittelbar der Patientengesundheit dienen, verschoben werden müssen, bis die Akutsituation bereinigt ist. Die Suche nach der Identität von nicht ansprechbaren Patienten sowie die Information von Angehörigen wird durch die Polizei unterstützt.

Sobald die medizinische Versorgung sichergestellt ist, wird der behandelnde Arzt gemäß der oben geschilderten Schritte versuchen, weitere Informationen über den Patienten einzuholen und die Angehörigen über die Krankenhausaufnahme informieren.

Frage 2:

Gibt es hierzu verbindliche Anweisungen und wenn ja, wie werden diese dem Klinikpersonal kommuniziert?

Antwort StKM:

Die neuen ärztlichen und pflegerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Notaufnahme werden diesbezüglich im Einarbeitungskonzept unterwiesen. Sowohl das Einarbeitungskonzept wie das Schockraumkonzept sind auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekannt, die schon länger im Haus beschäftigt sind. Das Erlernte wird mit jedem neuen Patientenfall angewandt und damit stets wiederholt.

Frage 3:

Sind der Stadt Fälle bekannt, in denen Angehörige nicht informiert wurden, obwohl Kontaktdaten verfügbar gewesen wären? Wenn ja, welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?



Antwort StKM:

Sollten derartige Fälle in der StKM bekannt werden, wird dies in der Klinik intern aufgegriffen und mit der Abteilung besprochen.

Antwort LHM:

Der Stadt sind keine solchen Fälle bekannt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 22. Dezember 2016

Panoramasteg am Ostbahnhof – Neubau eines Fuß- und Radwegstegs über die Bahngleise südwestlich des Ostbahnhofs

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Anna Hanusch und Sabine Nallinger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Rund um den Hauptbahnhof: mobile Beratung der Arbeitsagentur vor Ort

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 22.12.2016

Panoramasteg am Ostbahnhof – Neubau eines Fuß- und Radwegstegs über die Bahngleise südwestlich des Ostbahnhofs

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung nimmt Planungen für einen Fuß- und Radwegesteg südwestlich des Ostbahnhofs auf und bemüht sich um Unterstützung dieses Projekts bei der Bahn, beim Freistaat Bayern (als Investor des neuen Konzerthauses) und den wichtigsten Investoren im westlichen Werksviertel.
2. Im Falle positiv verlaufender Gespräche werden eine Machbarkeitsstudie vergeben und ein entsprechender Realisierungswettbewerb ausgelobt. In einem 3. Schritt beantragt das Baureferat rechtzeitig die notwendigen Sperrzeiten bei der Bahn zum Bau des Stegs über die Gleisanlage. Angestrebt wird für Planung und Bau ein Zeitrahmen parallel zur Realisierung des B-Plans Werksviertel und des neuen Konzerthauses.

Begründung:

Am 14.12.2016 beschloss der Münchner Stadtrat den B-Plan 2061 Werksviertel (Billigungsbeschluss und vorbehaltlicher Satzungsbeschluss). Dadurch ist der Weg frei für eine städtebaulich interessante Transformation des ehemaligen Industrie- und Gewerbestandes hin zu einem vielfältigen Kreativquartier im Münchner Osten mit Wohnen, Arbeitsplätzen, Sozial-Kultur- und Bildungseinrichtungen, sowie einem Netzwerk an Grün- und Freiflächen.

Die Fuß- und Radverbindung in Richtung Haidhausen und Innenstadt ist aber bislang vollkommen unbefriedigend gelöst, auch ein verlängerter Fußgänger-Verbindungstunnel unterhalb des Ostbahnhofs zur Friedenstraße dient mehr als Zubringer zu S- und U-Bahn, weniger als stadtteilverbindendes Element zwischen Berg-am-Laim und Haidhausen.

Der beantragte Steg hingegen wäre eine attraktive oberirdische Stadtteilverbindung mit hohem Nutzwert für breite Gesellschaftsschichten. Profitieren könnten sowohl die Bewohner und Beschäftigten des neuen Werksviertels als auch Nutzer des künftigen Kulturangebots, weshalb auch eine Kofinanzierung durch den Freistaat Bayern als auch durch einzelne Investoren im Werksviertel erwartet werden darf. Angesichts mehrerer aktueller Entwicklungen im Werksviertel wurde diese Verbindung in dieser Prägnanz im kürzlich gefassten Priorisierungsbeschluss zu Brücken und Stegen nicht gebührend berücksichtigt

Nicht zuletzt ergäbe sich trotz der zu überwindenden Steigungen auch eine neue attraktive Radverkehrsverbindung aus Haidhausen vom Orleansplatz über den neuen Steg, den neuen Piusanger, den bestehenden Piusplatz und den Michaelianger in den Münchner Osten.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Sabine Nallinger, Anna Hanusch, Gülseren Demirel
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 22.12.2016

Rund um den Hauptbahnhof: mobile Beratung der Arbeitsagentur vor Ort

Antrag

Die Stadt München erprobt in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit eine mobile Beratung für sogenannte Tagelöhner im südlichen Bahnhofsviertel. Diese mobile Beratung soll analog zu der „JobBörse“ in Mannheim und in Kooperation mit dem bereits bestehenden AWO-Beratungscafé als Außenstelle der Agentur für Arbeit aufgebaut und den Menschen zur Verfügung gestellt werden, die derzeit rund um die Goethestraße/Landwehrstraße tagtäglich auf (nicht selten illegale) Arbeitsangebote warten. Dieses Angebot soll spezifisch auf die Zielgruppe zugeschnitten sein (z.B. auch mit bulgarischen und rumänischen MuttersprachlerInnen) und als Pilotprojekt zunächst auf drei Jahre befristet und anschließend evaluiert werden.

Begründung:

Die Situation der oftmals aus Rumänien oder Bulgarien stammenden sog. Tagelöhner, die im südlichen Bahnhofsviertel und speziell in der Goethestraße/Landwehrstraße auf Arbeitsangebote warten, ist für AnwohnerInnen sowie Geschäftsleute vor Ort nach wie vor ein dringliches Thema. Aus Sicht der dort Geschäftstreibenden ist problematisch, dass die wartenden Menschen die Bürgersteige weitgehend belegen, Ladeneingänge und Schaufenster oftmals versperren und das Arbeiten in direkt an die Straße angrenzenden Büros durch Lärm- und u.a. Rauchbelästigung deutlich erschweren. Hinzu kommt der aus unserer Sicht unhaltbare Zustand, dass sicherlich ein Großteil der Menschen, die auf diese Weise tage- oder wochenweise an Arbeitsgelegenheiten kommen, dabei ausgebeutet oder sogar illegal beschäftigt werden. Um sich v.a. der letztgenannten Problematik anzunehmen, hat die Arbeitsagentur in Mannheim ein Projekt aufgelegt, das denjenigen Menschen, die Arbeit suchen, Unterstützung anbietet.

Wir halten es angesichts der nach wie brisanten Lage im südlichen Bahnhofsviertel sowohl aus humanitären wie auch aus gesellschaftspolitischen Gründen für äußerst sinnvoll, dieses Projekt auch in München auszuprobieren. Wichtig ist uns jedoch, den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden, daher muss das Projekt unbedingt in Kooperation mit dem bereits bestehenden AWO-Beratungscafé konzipiert werden. Das Angebot des AWO-Infozentrums für Migration und Arbeit bietet eine niedrigschwellige Anlaufstelle für ZuwanderInnen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Es informiert und berät (u.a. auch über die Möglichkeiten, die die Arbeitsagentur bietet) und soll zu einer Entspannung der Konfliktsituation vor Ort beitragen.

Jedoch zeigt die Erfahrung, dass örtlich beieinander gelegene konkrete Angebote und AnsprechpartnerInnen der Arbeitsagentur viel wahrscheinlicher genutzt bzw. aufgesucht werden als weiter entfernt gelegene Angebote.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Gülseren Demirel
Jutta Koller
Lydia Dietrich
Paul Bickelbacher
Oswald Utz

Mitglieder des Stadtrates

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 22. Dezember 2016

**MVG-App: Schon 5 Millionen HandyTickets
verkauft**

Pressemitteilung MVG

GEWOFAG: Hinweis zu Öffnungszeiten

Pressemitteilung GEWOFAG

MVG Information für die Medien

22.12.2016

MVG-App: Schon 5 Millionen HandyTickets verkauft

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) verkauft immer mehr elektronische Fahrscheine: Voraussichtlich am Freitag, 23. Dezember, wird die 5-Millionen-Marke geknackt (elektronische Streifenkarte jeweils als ein Ticket gezählt). Die Zahl der Transaktionen liegt inzwischen bei fast 7 Millionen (Fahrten je Streifenkarte einzeln gezählt).

Pro Monat setzt die MVG aktuell bis zu 260.000 elektronische Fahrscheine ab. Ein echter Renner ist das HandyTicket heuer auch wieder in der Vorweihnachtszeit gewesen; so wurden allein am letzten Freitag (16.12.) rund 13.000 Tickets verkauft – ein neuer Tagesverkaufsrekord. „Der Aufwärtstrend ist ungebrochen und zeigt, dass immer mehr Fahrgäste auf elektronische Tickets setzen“, sagt MVG-Vertriebschef Hans-Volker Krebs. „Unsere App ist dafür die Nummer 1. Die MVG verkauft etwa 70 Prozent aller HandyTickets im MVV-Raum und ist damit Marktführer.“

Die elektronischen Fahrscheine gelten im gesamten MVV-Gebiet. Die MVG-App „MVG Fahrinfo München“ mit HandyTicket-Funktion gibt es kostenlos im App-Store und bei „Google Play“. Das MVG-Kundenportal für den Ausdruck von PrintTickets erreicht man über www.mvg.de.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de



Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München



GEWOFAG: Hinweis zu Öffnungszeiten

Öffnungszeiten GEWOFAG-Hauptverwaltung 27.12.2016 bis 05.01.2017

München, 22. Dezember 2016. In der letzten Dezember- und der ersten Januarwoche gelten für die Hauptverwaltung der GEWOFAG in der Kirchseeoner Straße 3 geänderte Öffnungszeiten. Der Empfang ist vom 27.12.2016 bis 05.01.2017 nachmittags nur bis 15:00 Uhr besetzt.

Ab 09.01.2017 ist die Hauptverwaltung wieder zu den regulären Zeiten geöffnet:

Montag bis Donnerstag: 07:15 bis 17:00 Uhr

Freitag: 07:15 bis 15:00 Uhr

GEWOFAG

Die GEWOFAG ist eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft und mit ca. 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit rund 90 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung sind die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigsten Aufgaben der GEWOFAG.

Pressekontakt

Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de